

Ercheinungsweise:  
Täglich mit Ausnahme  
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:  
a) im Anzeigenteil:  
die Seite 20 Goldpfennige  
b) im Reklameteil:  
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen  
kommen 50% Zuschlag

Für Plakate und  
Klebeblätter kann keine Gewähr  
übernommen werden

Gerichtsstand  
für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:  
In der Stadt 40 Goldpfennige  
wöchentlich mit Trägerlohn  
Post-Bezugspreis 40 Gold-  
pfennige ohne Bestellgeld

Schluß der Anzeigen-  
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt  
besteht kein Anspruch auf Lieferung  
der Zeitung oder auf Rückzahlung  
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantw. Schriftleitung:  
Friedrich Hans Scheele  
Druck und Verlag  
der A. Oelschläger'schen  
Buchdruckerei

Nr. 15

Dienstag, den 20. Januar 1931

— Jahrgang 103

## Die Genfer Ratstagung eröffnet

### Deutscher Protest gegen die Ernennung neuer Völkerbundsdirektoren Morgen Behandlung der Oberschlesienbeschwerde

Genf, 20. Jan. Die Tagung des Völkerbundsrates ist am Montag vormittag mit einer geheimen Sitzung eröffnet worden, in der eine Reihe von Haushalts- und Personalfragen erörtert wurde. Zunächst hat der Völkerbundsrat endgültig das Programm für die gegenwärtige Tagung festgelegt. Heute findet die Hauptansprache über Zeitpunkt, Ort und Präsidenschaft der Abrüstungskonferenz statt. Die Oberschlesienbeschwerden einschließlich der des Deutschen Volksbundes werden am Mittwoch vom Rat behandelt werden. Sodann wurde endgültig die Ernennung von drei neuen Direktoren des Völkerbundsrates vorgenommen. Die bisherige Finanz- und Wirtschaftsabteilung ist in zwei Abteilungen geteilt worden. Zum Direktor der Wirtschaftsabteilung wurde der Italiener Stepani, zum Direktor der Finanzabteilung der Engländer Loveday und zum Direktor der Transit- und Verkehrsabteilung der Franzose Haas ernannt. Gegen die Ernennung legte Reichsaussenminister Curtius offiziellen Vorbehalt ein. Er betonte, daß grundsätzlich in der Völkerbunds-Vollversammlung von verschiedenen Mächten gewünscht worden sei, künftige Vertreter der neutralen und kleinen Mächte auf die Direktorenposten zu berufen, während nunmehr wieder Vertreter der Großmächte ernannt worden seien. Der deutsche Wunsch wurde jedoch nicht berücksichtigt.

Der Völkerbundsrat erledigte noch eine große Zahl von Einzel- und Ausschußberichten. Er beschloß, die vierte allgemeine Verkehrs- und Transitzonferenz zum 26. Oktober 1931 nach Genf einzuberufen. Am 29. Juni 1931 soll eine internationale Konferenz zur Behandlung der Hygiene-Frage auf dem Lande stattfinden. Dr. Curtius berichtete kurz über die bisherigen Arbeiten des Wirtschaftskomitees. Sein Be-

richt verweist auf die Ergebnisse der zweiten Zollwaffenstillstandskonferenz. Er hebt die von der letzten Vollversammlung geforderte Untersuchung über die Wirkungen und die Auslegung der Meistbegünstigungsklausel hervor. Der Rat beschloß weiter, Graf Bernstorff als Präsidenten der Kommission für die Kontrolle des privaten Waffenhandels zu ernennen, den Ausschuß, der infolge der Schwierigkeiten in der Abrüstungsfrage seine Arbeiten zeitweilig eingestellt hatte, von neuem einzuberufen.

Es besteht hier der Eindruck, daß über die Ernennung und den Ort der Abrüstungskonferenz auf der gegenwärtigen Ratstagung noch keine endgültige Entscheidung fallen wird, da die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten unter den Großmächten in dieser Frage noch zu groß sind.

### Einladung an Rußland und die Türkei aber nur für wirtschaftliche Fragen.

Genf, 20. Jan. Im Europäischen Ausschuß fand am Montag im Hinblick auf die ausgedehnte Geheimhaltung des Sechserausschusses nur eine kurze Aussprache über wirtschaftspolitische Fragen statt. Die angesagte Rede von Dr. Curtius wurde auf heute verschoben.

Der vom Europäischen Ausschuß eingesetzte Sechserausschuß, bestehend aus Briand, Henderson, Grandi, Dr. Curtius, Titulescu und Motia, hat gestern beschlossen, angesichts der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise an Sowjetrußland und an die Türkei die Einladung zur Teilnahme an den Verhandlungen des Ausschusses im gegenwärtigen Stadium der Arbeiten zu richten, wobei erklärt wird, daß der Europäische Ausschuß sich zur Zeit ausschließlich mit wirtschaftlichen Fragen befasse.

## Die Bekämpfung der Wirtschaftskrise

### Trendelenburg fordert weitere Steigerung der Ausfuhr — Die Politik ist Deutschlands Schicksal

Berlin, 20. Jan. Im Haushaltsausschuß des Reichstages hielt Staatssekretär Trendelenburg am Montag nachmittag beim Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums eine Rede. Er führte etwa aus: Die herrschende Weltwirtschaftskrise erfährt alle Länder der Welt. Die letzten Ursachen zeichnen sich noch nicht deutlich ab. Anscheinend haben aber die internationalen Finanzleute Recht behalten, wenn sie schon Ende 1919 auf die internationale Kriegsschuldung als Hindernis für die Rekonstruktion der Welt hingewiesen haben. Das wichtigste Symptom der Krise ist die Verschiebung des Wertverhältnisses zwischen landwirtschaftlichen Produkten und industriellen Rohstoffen einerseits und industriellen Fertigerzeugnissen andererseits.

Die Diskrepanz der Wertbemessung zwischen landwirtschaftlichen Produkten und industriellen Rohstoffen einerseits und industriellen Fertigerzeugnissen andererseits muß beseitigt werden. Daraus hat die Reichsregierung die Folgerung einer Senkung des industriellen Selbstkosten- und Preisniveaus gezogen. Ich bin daher bemüht, überall da, wo zur Beseitigung und Erleichterung dieses Anpassungsprozesses staatliche Eingriffe erforderlich sind, diese auf das unbedingt Notwendige zu beschränken und der privaten Initiative der Wirtschaftskreise, auf denen ohnehin ein schwerer Druck lastet, weiteften Raum zu lassen.

Bei den Maßnahmen der Preispolitik wird nicht verkannt, welche Bedeutung die Frage für die Aufrechterhaltung der Lebenshaltung hat. So hat die Reichsregierung erklärt, daß sie in ihrem auf längere Sicht eingestellten Plan keine dauernde Senkung des Reallohnes beabsichtigt. Tatsächlich ist der Lebenshaltungsindex gegenüber dem Vorjahre um 7,2 v. H. gesunken. Angesichts der Arbeitslosigkeit kommt der deutschen Ausfuhr, die hauptsächlich aus Industrieerzeugnissen besteht, besondere Bedeutung zu. Die industriellen Unternehmer- und Arbeitnehmerkreise erheben daher mit besonderem Nachdruck die Forderung, daß das bestehende Handelsvertragsystem vor Erschütterungen bewahrt bleibe und die Handelspolitik ihre bisherige Richtung beibehalte. Dies gilt insbesondere für das Prinzip der Meistbegünstigung. Die Frage des Präferenzsystems, die von den südosteuropäischen Agrarstaaten aufgeworfen wurde, bedarf sorgfältiger Prüfung. Die Bewilligung von Präferenzen würde der Zustimmung der meistbegünstigten Länder bedürfen und setzt in jedem Falle gleichwertige Gegenleistungen der Länder, welche die Präferenz genießen wollen, voraus. Das System der Reziprozität empfiehlt sich für Deutschland nicht. Die Industriewirtschaft

legt Gewicht auf die Ratifikation des europäischen Zollabkommens vom März 1930, durch das die handelsvertraglichen Beziehungen mit Staaten gesichert würden, denen gegenüber unser Außenhandel 1929 mit 2,6 Milliarden aktiv war.

Der Einwand, daß wir durch Forcierung unserer Ausfuhr Unruhe auf den Weltmarkt bringen, kann uns nicht abhalten, den Weg zu gehen, der notwendig ist. Das Ausland muß sich vor Augen halten, daß es ohne solche Nebenerkenntnisse nicht möglich ist, Reparationszahlungen aus Überschüssen der deutschen Wirtschaft abzutragen.

Abschließend führte der Redner aus, man werde wohl nicht von ihm erwarten, daß er für die Entwicklung der deutschen Wirtschaft eine Prognose stelle. Vom Standpunkt rein wirtschaftlicher Betrachtung aus könne mit Sicherheit festgestellt werden: Die deutsche Wirtschaft sei bezüglich des Produktionsapparates und der Arbeitswilligkeit und Tüchtigkeit des Volkes im Kern durchaus gesund. Doch bestehe aller Anlaß, auf wichtige Funktionen dieses großen Körpers einschließlich der psychischen Funktionen mit besonderer Sorgfalt zu achten. Stärker aber als in anderen Zeiten sei die wirtschaftliche Entwicklung von Faktoren abhängig, die außerhalb der Wirtschaft und ihrer Normen lägen. Im Augenblick sei nicht die Wirtschaft, sondern die Politik unser Schicksal.

Im Haushaltsausschuß wurde gestern ein nationalsozialistischer Antrag abgelehnt, wonach über die Veranschlagung von Mitteln zum Schutz der Republik usw. in der Haushaltsrechnung 1929 genauere Angaben gemacht werden sollten. Bei der Abstimmung über die Streichungsanträge der Oppositionsparteien wurden die Anträge der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen und der Kommunisten, die Streichung sämtlicher Haushaltsposten der Reichszentrale für Heimatdienst verlangen, gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Ferner wurden die Anträge der Deutschnationalen, der Nationalsozialisten und der Kommunisten abgelehnt, die die Streichung der Haushaltsstelle eines Reichsministers ohne Geschäftsbereich zum Gegenstand haben.

### Frankreichs Reichtum aus den deutschen Tributen

Paris, 20. Jan. Der Überschuß des französischen Anteils an den Youngzahlungen während des Finanzjahres 1931/32 beträgt nach Abzug sämtlicher Auslandsschulden 1.959.500.000 Franken. Die Gesamteinnahmen des Schuldenschatztes belaufen sich auf 4.649.000.000 Franken, denen 2.690.098.000 Franken Ausgaben gegenüber stehen.

## Tages-Spiegel

In Genf begann die erste Ratstagung, bei der keine besonders wichtigen Punkte zur Beratung standen. Die Behandlung der Oberschlesienbeschwerden beginnt morgen.

Dr. Curtius besuchte den italien. Außenminister zur Aussprache über die deutsche Beschwerde über Polen, die Abrüstung und wirtschaftliche Fragen.

Das Europa-Studienkomitee in Genf hat sich gestern zur Einladung an die Türkei und Rußland, aber zunächst nur zur Mitarbeit in wirtschaftlichen Fragen entschlossen.

Die Reichsregierung wird am Mittwoch die Entscheidung über das Döhlengesetz und das Gesetz zur Förderung landwirtschaftlicher Siedlungen treffen. Es sind Kredite in Höhe von einer Milliarde vorgesehen.

In Wien wurde gestern der deutsch-österreichische Handelsvertrag ratifiziert.

In den Kohlenruben von Südwales ist die Arbeit wieder aufgenommen worden. Die Schiedsverhandlungen in der Lohnfrage werden fortgesetzt werden.

### Eine Milliarde für den deutschen Osten?

Berlin, 20. Jan. Einer Korrespondenzmeldung zufolge sind von der Reichsregierung zwei Gesetzentwürfe, und zwar das Döhlengesetz und ein Gesetz zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung fertiggestellt worden, durch die in Abwicklung eines 6-jährigen Planes dem deutschen Osten Mittel in Höhe von annähernd einer Milliarde zur Verfügung gestellt werden sollen. Obwohl es sich dabei um Entwürfe handelt, die in Verhandlungen zwischen Reichs- und preussischen Stellen in den letzten Tagen besprochen worden sind, und in der für Mittwoch vorgesehenen Kabinettssitzung noch wesentlich anders gestaltet werden dürften, gibt die Korrespondenz daraus schon jetzt die darin geplante Verwendung und Verteilung der Gelder wieder.

So sollen u. a. für Bürgschaften und Darlehen zum Zwecke der landwirtschaftlichen Siedlung etwa 100 Millionen und darlehensweise für die landwirtschaftliche Umschuldung 100 Millionen zur Verfügung gestellt werden und weitere 100 Millionen als Bürgschaften für die Umschuldung bereitgestellt werden. Zur Behebung der sozialen und kulturellen Notlage in den Ostgebieten werden von 1932 bis 1935 je 20 Millionen genannt, für den Bau von Eisenbahnen- und Kraftfahrtrassen 130 Millionen als Darlehen an die Reichsbahn. Für Zwecke der Betriebsführung werden ab 1932 jährlich 25 Millionen, im Ganzen 100 Millionen bereitgestellt und Reich und Preußen übernehmen gemeinsam für 120 Millionen Bürgschaften für Darlehen zur Umschuldung. Dazu kommen Mittel zur Lastensenkung im gleichen Umfang wie 1931, die zur Realisierung und Senkung der Schiffsabgaben verwendet werden sollen. Geplant ist weiter eine Frachternormierung, die 15—20 Millionen erfordern würde. Schließlich soll die Reichsregierung ermächtigt werden, alte Landstellen aufzulösen und neue zu errichten, die Befugnisse der Landstellen werden neu geregelt.

### Eisenbahnkatastrophen

Zugzusammenstoß im Weichselkorridor.

Danzig, 20. Jan. Am Sonntag früh gegen 7 Uhr fuhr in der Nähe des Bahnhofes Gdingen ein Güterzug auf einen Personenzug auf. Beide Lokomotiven sowie ein Packwagen und zwei Wagen des Personenzuges entgleisten und wurden zertrümmert. Nach den bisher vorliegenden Nachrichten wurden ein Eisenbahner und drei Reisende getötet. Die Zahl der Schwerverletzten wird mit 12, die der Leichtverletzten mit 29 angegeben. Der Verkehr wird durch Umleiten aufrecht erhalten.

Zugzusammenstoß im Schneetreiben.

New-York, 20. Jan. Bei heftigem Schneetreiben fuhr unweit von Boston ein Lokalgüterzug an einer Schienenkreuzung in den Boston-Washington-Express hinein. Die Lokomotive des auffahrenden Zuges geriet in Brand und der Lokomotivführer kam in den Flammen um. Bei dem Zusammenstoß stürzten zwei Wagen des Expresszuges und vier Wagen des Personenzuges um. 28 Verletzte mußten ins Krankenhaus gebracht werden.

Zugunglück in Argentinien.

New-York, 20. Jan. Bei einem Zusammenstoß zwischen zwei elektrischen Zügen in der Nähe der Station Martinez (Argentinien) wurden 60 Personen verletzt.

## Das innere Recht der deutschen Revisionsforderungen

Das Berliner Zentrumorgan, die „Germania“, veröffentlicht in Form einer nicht näher bezeichneten Zuschrift einen programmatischen außenpolitischen Artikel, der allem Anschein nach offiziellen Charakter trägt. Ausgehend von der Weltwirtschaftskrise und ihren Folgen für die Verhältnisse in Deutschland befaßt er sich mit den gesamten in den letzten Monaten aufgeworfenen außenpolitischen Forderungen und Problemen und widerspricht der verschiedentlich laut gewordenen Auffassung, daß mit dem Ruf nach Revision von deutscher Seite alle Probleme auf einmal aufgerollt worden seien.

Die Gedankengänge des Artikels sind im wesentlichen folgende: Als dieser Tage in der „Times“ ein Leitartikel erschienen ist, in dem auf die solidarische Front der Gläubigermächte hingewiesen wurde, falls Deutschland ein Moratorium erklären würde, mußte dies als eine gewisse Drohung gegen Deutschland aufgefaßt werden. Gerade dies beweist, wie geringes Verständnis für die wahren Gründe der Krise vorhanden ist. Die Einheitsfront der Gläubiger hat ihre Schrecken verloren, wenn die Ueberzeugung immer weiter um sich greift, daß von der alten wirtschaftlichen Denkweise her eine Ueberwindung der allgemeinen Not überhaupt nicht kommen kann. Das Ausland sollte sich einmal überlegen, daß die letzten deutschen Wahlen das Ansteigen auch der antikapitalistischen Welle bedeutet haben. Es ist heute so, daß es einer gemeinsamen Anstrengung aller Staaten bedarf, aus der Krise herauszukommen. Dabei geht es um Sein oder Nichtsein der kapitalistischen Wirtschaftsordnung selbst. Das Ausland täuscht sich, wenn es annimmt, die Zeit eines Moratoriums oder der Revision des Youngplanes wäre erst dann gekommen, wenn die Katastrophe hereingebrochen ist.

Auch beim Neuen Plan waren es vor allem politische Motive, die die Verfasser leiteten und sie die gesamten internationalen Schulden auf Deutschland abwälzen ließen. Dies rächt sich jetzt und wird eines Tages dazu führen, daß die beteiligten Staaten entweder freiwillig oder durch die Verhältnisse gezwungen eine neue Lösung finden müssen. Eingehend wird weiter das französische Bestreben behandelt, mit der Lösung der Fragen der Sicherheit und der Abrüstung die Stabilisierung des heutigen status quo zu erreichen. Wer könnte da heute noch behaupten, daß Abrüstung und Revision zwei getrennte Fragenkomplexe seien?

Die Kommentare der Presse namentlich in Amerika haben gezeigt, daß die Erkenntnis, daß die französische Sicherheitsforderung nichts anderes als die Revisionsfrage praktisch unmöglich machen wolle, schon ziemlich verbreitet ist. Nur das Verständnis für das Verhalten Deutschlands, das auf diese französische Politik antwortet, ist noch nicht sehr groß. Der Grund scheint darin zu liegen, daß die Diskussion über die Revision vielfach so dargestellt wird, als ob nun Deutschland diese Frage in der nächsten Zeit aufrollen und dadurch nur Unruhe verbreiten werde. Ebenso gut wie wir wissen, daß die Verträge revidiert werden müssen, wissen wir auch, daß dies nur im Einverständnis mit den beteiligten Staaten geschehen kann. Wir sind optimistisch genug, dies doch in einer näheren oder weiteren Zukunft zu erwarten.

Im europäischen Studienauschuß werden selbstverständlich die erwähnten politischen Fragen eine Rolle spielen und es wäre falsch, wollte man aus Angst vor den Schwierigkeiten die eigentlichen politischen Fragen in den Hintergrund schieben. Es gibt im großen gesehen nur eine politische Frage in Europa. Sie ist kompliziert, weil sie sich in den verschiedenen Gewändern der Abrüstung, Sicherheit und Revision der Verträge verbirgt. Aber die Staatsmänner müssen den Mut haben, diesem Komplex ins Auge zu sehen und ihn in Angriff zu nehmen, weil sonst auch aus den Schwierigkeiten wirtschaftlicher Art kein Ausweg gefunden werden kann.

## Die Genfer Europa-Tagung

Ein Sechser-Auschuß zur Untersuchung der Frage der Aufnahme Rußlands und der Türkei in den Europa-Auschuß.

Der Europ. Auschuß ist auch am Samstag zu seiner Einigung in der Frage der Aufnahme Sowjetrußlands und der Türkei gekommen. Es wurde nach langer und scharfer Aussprache ein sechsgliedriger Unterauschuß bestehend aus Curtius, Briand, Henderson, Titulescu, Grandi und Motta eingesetzt, der in einer der nächsten Sitzungen einen Vorschlag zur kritischen Frage machen soll, um, wie Henderson betonte, unter allen Umständen zu einer einstimmigen Beschlußfassung zu kommen.

In den Kreisen der Abordnungen des Europäischen Ausschusses hat die weitgehende Übereinstimmung in der Haltung und in den Erklärungen des deutschen und des italienischen Außenministers bei der Behandlung der Frage der Zuziehung Rußlands und der Türkei zu den Arbeiten des Europäischen Ausschusses starken Eindruck hervorgerufen, insbesondere, da beide Außenminister im Rahmen des europäischen Ausschusses überinstimmend die gleichen Voraussetzungen einer Zusammenarbeit festgestellt haben. Man sieht allgemein darin das erste Anzeichen einer praktischen politischen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Italien im Rahmen des Völkerbundes bei der Behandlung großer internationaler Fragen.

## Die Beratungen über den Reichshaushalt

Im Haushaltsauschuß des Reichstages wurde der Bericht des Rechnungsunterauschusses über die Reichshaushaltsordnung 1929 erstattet. Der Berichterstatter, Abg. Heintz (Soz.), erklärte u. a., daß der Unter- auschuß bei seiner Nachprüfung jeder Behauptung über Verschwendung von Reichsmitteln, besonders auch beim Auswärtigen Amt, bis ins letzte nachgegangen sei. In allen Fällen, auch bei Nachprüfung der Repräsentationsfonds,

## Die Möglichkeiten deutscher Revisionspolitik

Welche Wege lassen der Versailler Vertrag und der Neue Plan offen?

Der „Hanfa-Bund“ schreibt in seinen „Mitteilungen“: Revision des Versailler Vertrages mit seinen zahllosen Unmöglichkeiten vor allem hinsichtlich der Grenzziehung im Osten sowie der schweren Reparationslasten, wie sie zur Zeit im Youngplan ihren Niederschlag finden, ist das Ziel jedes vaterländisch denkenden Deutschen. Es geht deshalb nicht an und bedeutet auf die Dauer eine Sabotage des notwendigen einheitlichen deutschen Willens im Kampfe um die endgültige Befreiung des Vaterlandes, wenn bestimmte Gruppen glauben, denen den Willen zur Revision absprechen zu können, die die Meinung vertreten, daß diese Frage nicht im luftleeren Raum, sondern nur nach Maßgabe der gegebenen Realitäten zu lösen ist.

Revisionspolitik nach den gegebenen Realitäten bedeutet nicht, wie das vielfach so hingestellt wird, die Dinge zunächst einfach schlüßeln zu lassen, sondern erfordert ständige und kluge Wachsamkeit gegenüber allen Möglichkeiten, die sich zur Erreichung dieses Zieles ergeben. Deshalb muß sich jeder, der Realpolitik in diesem Sinne für den einzig möglichen Weg hält, zu jeder Zeit der Anknüpfung bewußt sein, an denen die Revisionsfrage aufgerollt werden kann, sowie der formalen Wege, die ihr zur Verfügung stehen.

Betrachten wir unter diesem Gesichtspunkt den Versailler Vertrag, so finden wir in dem Völkerbundsstatut, das in ihn eingebaut worden ist, einen sogenannten Revisionsartikel. Es ist der Artikel 19, der folgenden Wortlaut hat:

„Die Völkerbundsversammlung kann von Zeit zu Zeit die Bundesmitglieder zu einer Nachprüfung der unanwendbar gewordenen Verträge und solcher internationaler Verhältnisse auffordern, deren Aufrechterhaltung den Weltfrieden gefährden könnte.“

Dieser Artikel hat durch einen Juristenausschuß, der seinerzeit von der zweiten Völkerbundsversammlung eingesetzt worden ist, eine Kommentierung dahin erfahren, daß der Tatbestand gegeben sei, „wenn der im Augenblick des Abschlusses (des Vertrages) bestehende Zustand in der Folgezeit, sei es in materieller, sei es in moralischer Hinsicht so radikale Veränderungen erlitten hat, daß es außerhalb des Bereiches vernünftiger Möglichkeit liegt, den Vertrag anzuwenden.“

Doch sind die Schwierigkeiten dieses Revisionsweges offensichtlich. Denn einmal kann die Völkerbundsversammlung die Vertragspartner lediglich zu einer Nachprüfung auffordern, nicht aber sie dazu zwingen oder gar auf den Gang eventueller Verhandlungen einen Einfluß nehmen. Zudem können in der Völkerbundsversammlung Beschlüsse nur einstimmig gefaßt werden. Deutsche Völkerrechtler stehen zwar auf dem Standpunkt, daß in diesem Falle auch die einfache Mehrheit genüge, weil es sich um keine rechtliche Verpflichtung, sondern nur um eine moralische handle. Doch stehen dieser Meinung so viel andere gegenüber, daß man kaum damit rechnen kann, daß sie sich gegebenenfalls durchsetzen werde.

Frühererzeitlich wird auch darauf hingewiesen, daß dieser Artikel auf den Versailler Vertrag keine Anwendung finden könne, da ihm der Artikel 10 der Völkerbundsstatuten entgegenstehe, der die Mitglieder des Völkerbundes verpflichtet, die Unverletzlichkeit des Gebietes und die bestehende politische Unabhängigkeit aller Bundesmitglieder zu achten. Dem steht allerdings wiederum die Mantelnote gegenüber, die unsere ehemaligen Gegner seinerzeit dem Versailler Vertrag beigelegt haben und die folgenden feststellt:

„Sie (die Alliierten) sind der Ansicht, daß dieser Vertrag nicht nur eine gerechte Erledigung dieses großen Krieges darstellt, sondern daß er auch die Grundlage schafft, auf der die Völker Europas in Freundschaft und Gleichheit leben können. Er schafft aber auch gleichzeitig den Apparat für die friedliche Erledigung aller völkerrechtlichen Fragen durch Aussprache und Uebereinstimmung, wodurch die im Jahre 1919 geschaffene Regelung selbst von Zeit zu Zeit abgeändert werden und neuen Ereignissen und neu entstandenen Verhältnissen angepaßt werden kann.“

habe sich ergeben, daß die Vorwürfe jeder Grundlage entbehren. Ebenso sei der Behauptung nachgegangen worden, daß die Reichsbehörden in Deutschland und in der ganzen Welt zu viele Automobile laufen hätten. Es habe sich ergeben, daß ohne die Kraftwagen der Reichswehr das Deutsche Reich nur 188 reichseigene Kraftwagen in Benutzung habe. Nach kurzer Aussprache wurde der Bericht des Unterausschusses genehmigt und weiter auch der Haushalt des Reichspräsidenten.

Bei der Beratung des Haushalts der Reichsministerien, des Reichskanzlers und der Reichskanzlei wurde von deutschnationaler und von nationalsozialistischer Seite beantragt, die Stelle eines Reichsministers ohne Geschäftsbereich zu streichen. Staatssekretär Pünder wies darauf hin, daß ein nennenswerter Finanzunterschied zwischen den Haushaltsausgaben für einen Reichsminister und einen Reichskommissar nicht bestehe. Was aber die Stellung des Ministers Treviranus betreffe, so seien sowohl der Reichspräsident wie das Reichskabinett der Ansicht gewesen, es sei bei der großen Wichtigkeit der Disfragen notwendig, daß diejenige Persönlichkeit, die diese Interessen vertrete, nicht nur Sitz, sondern auch Stimme im Reichskabinett haben müsse. Daraus habe sich die Notwendigkeit ergeben, die Stelle eines Reichsministers ohne Geschäftsbereich zu schaffen. Die Abstimmung über die Anträge wurde vertagt.

**Berliner Zuschußbetriebe.** In einer Versammlung teilte der Reichstagsabgeordnete Dauch (DVP.) mit, daß er bei einer Durchprüfung der Finanz- und Wirtschaftsverhältnisse der Stadt Berlin festgestellt habe, daß in den Jahren 1924 bis 1927 die Stadt Berlin 250 eigene Betriebe zählte, von denen 145 keine Rente erbrachten, obwohl sie steuerfrei waren.

So steht es mit dem Versailler Vertrag. Und nun die Frage der Revision unserer schwer drückenden Reparationen aus dem Youngplan.

Hier enthält das Haager Abkommen, durch das bekanntlich der Youngplan zum Vertrag geworden ist, in der offiziellen Schuldbestätigung des Deutschen Reiches über die Zahlung der Annuitäten folgende Klausel:

„Falls Deutschland einen Aufschub erklärt oder wenn sonst zu irgendwelcher Zeit die deutsche Regierung den Reparationen der Gläubigermächte und der Bank für internationalen Zahlungsausgleich erklärt, sie sei im guten Glauben zu dem Entschluß gekommen, daß die Währung und das Wirtschaftsleben Deutschlands durch den teilweisen oder vollständigen Transfer des ausschließbaren Teils der Annuitäten ernsthaft in Gefahr gebracht werden könnten, soll die Bank für internationalen Zahlungsausgleich den in Kap. 8 e des Sachverständigenplanes vom 7. Juni 1920 erwähnten beratenden Sonderauschuß einberufen.“

Der beratende Sonderauschuß soll alsbald die Lage unter allen Gesichtspunkten untersuchen, wie es im neuen Plan vorgesehen ist, und soll den Gläubigerregierungen und der Bank zur Erwägung unterbreiten, welche Maßnahmen nach seiner Ansicht hinsichtlich der Anwendung des Planes ergriffen werden sollen.“

Zum Verständnis dieser Klausel muß gesagt werden, daß die deutsche Regierung das Recht hat, mit wenigstens 90tägiger Ankündigung für höchstens 2 Jahre vom Fälligkeitstermin ab den Transfer (Ueberweisung in fremde Währung) des als ausschließbar bezeichneten Teiles der Annuität ganz oder teilweise auszuschieben. Und wenn der Transferaufschub ein Jahr lang wirksam gewesen ist, soll die deutsche Regierung jederzeit das Recht haben, die Zahlung von 50 Prozent der nicht transferierten, also nur in Reichsmark ausgezahlten Beträge aufzuschieben. Diese Maßnahmen nennt man das sogenannte Moratorium. Ausgenommen von diesem Moratorium ist ein Teil von 612 Millionen Reichsmark, der unter allen Umständen und bedingungslos in Devisen zu zahlen ist.

Deutlich ergeben sich daraus die Schwierigkeiten, die auch hier entgegenstehen. Deutschland muß in gutem Glauben zu dem Schluß gekommen sein, daß seine Währung und sein Wirtschaftsleben ernstlich in Gefahr gebracht werden könnten. Wie wird es im Ausland diesen „guten Glauben“ klarmachen können, solange es nicht Ordnung in seinem eigenen Hause geschaffen hat? Und vor allem, welche Schwierigkeiten für das deutsche Geld- und Kreditwesen ergeben sich daraus, daß die Reichsregierung eventuell eine ernsthafte Gefährdung unseres Wirtschaftslebens öffentlich anspricht?

Eine zweite Möglichkeit zur Herabsetzung der deutschen Zahlungen ergibt sich allerdings dann noch dadurch, daß im Youngplan zwischen Deutschland und den Gläubigern ein Abkommen getroffen worden ist, welches bestimmt, daß bei jedem Nachschuß der amerikanischen Forderungen an die Alliierten in den ersten 37 Jahren Deutschland mit zwei Dritteln beteiligt werden soll, während ihm in den letzten 22 Jahren der Gesamtbetrag zur Erleichterung zugute kommt. Demnach haben die Gläubiger die Aussicht auf eine spätere Ermäßigung der Reparationsschuld eindeutig auf das Entgegenkommen der Vereinigten Staaten abgestellt. Und hier liegt wohl auch schließlich für die ganze Frage letzten Endes der Haken. Der weitaus größte Teil der Summen, die wir als Reparationen an unsere ehemaligen Gegner zu zahlen haben, geht auf Umwegen wieder nach Amerika und so wird schließlich die ganze Revision des Youngplanes letzten Endes außerordentlich stark davon abhängen, inwieweit es über kurz oder lang gelingen sollte, ein Entgegenkommen der Vereinigten Staaten angesichts der schweren Weltwirtschaftskrise zu erreichen.

## Neue Besprechungen über die Arbeitsdienstpflicht

M. Berlin, 19. Jan. Im Reichsarbeitsministerium fanden neue Besprechungen über die Arbeitsdienstfrage statt, zu denen auch die Vertreter der Arbeitsdienstbewegung geladen worden waren. Es entspann sich im Laufe der Verhandlungen eine Aussprache über die Schätzung der Kosten der verschiedenen Vorschläge. Das Reichsarbeitsministerium ließ erklären, daß es an der Berechnung für die Finanzierung eines Arbeitsdienstes, den es fe Tagewerk auf 10 M. schätzt, festhalten müsse. Die Organisationen erklärten demgegenüber, daß die Schätzung zu hoch gegriffen sei. Der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums teilte noch mit, daß Prüfungen über die Unterstützung einzelner Projekte noch im Gange seien und brachte im übrigen zum Ausdruck, daß die amtlichen Stellen den ganzen Arbeitsdienstbestrebungen vorläufig noch abwartend gegenüberstünden.

Wie die Telegraphen-Union hierzu erfährt, würdigte im Verlaufe der Aussprache der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, Ministerialrat Dr. Vohlschlag, die Aktivseite der vorgelegten Pläne durchaus. Bei einem Einsatz von 450 000 Mann würden die Ersparnisse an Arbeitslosenkosten etwa 420 Millionen betragen. Die weiteren Aktivposten, der Wert der Produktion und die Belegung der Kaufkraft seien aber unsichere Größen, überdies gehe die jetzige Ardie vorwiegend auf unzureichende Kapitalreserven, auf fehlende Abnahmefähigkeiten und auf Ueberproduktion zurück und in dieser Hinsicht biete der Arbeitsdienst keine Abhilfsmöglichkeiten.

# Aus Stadt und Land

Calw, den 20. Januar 1931.

## Anerkennung von Wohlfahrtspflegerinnen.

Auf Grund der Verfügung des Innenministeriums über die staatliche Prüfung von Wohlfahrtspflegerinnen sind im Laufe des letzten Jahres 22 Bewerberinnen als Wohlfahrtspflegerinnen staatlich anerkannt worden, und zwar 12 für das Hauptfach gesundheitliche Fürsorge, 3 für das Hauptfach Jugendwohlfahrtspflege und 7 für das Hauptfach wirtschaftliche Fürsorge. Unter den ersteren befindet sich auch die Wohlfahrtspflegerin für den Bezirk Calw, Fräulein Marta Klaf von Ruffenau.

## Unausschiebbare Arbeiten im Obstbau.

Das alte Jahr ist schneelos in das neue hinübergegangen; wir verspüren zwar einige Grad Kälte, aber richtig Winter ist es noch nicht geworden. Hoffentlich bewahrt sich das alte Sprichwort nicht: Grüne Weihnachten — weiße Ostern. Wir sehen unsere ganze Hoffnung auf einen guten Verlauf der Blüte, die so reich angelegt hat. Bei den Birn- und Apfelsorten sind die Blütenknospen deutlich sichtbar, der Anlauf ist sehr befriedigend und berechtigt zu schönen Hoffnungen. Hoffentlich erfüllen sich diese, denn ein weiteres Mißjahr würde sich in jeder Hinsicht recht übel auswirken.

Um dem Sortenwurm zu begegnen, sind in den letzten Jahren von der Reichsregierung Beiträge zum Umpfropfen gegeben worden. Von dieser Beihilfe ist reger Gebrauch gemacht worden. Mit dem Umpfropfen ungeeigneter Sorten ist fortzufahren. Die erste Arbeit im neuen Jahr wird das Schneiden der Pfropfreiser sein. Kirchenreiser sollten eigentlich schon geschritten sein, in den ersten Tagen des Januar geht es aber noch. Dann kommen aber gleich die übrigen Steinobstsorten und die Kernobstsorten daran. Das Gelingen der Veredlungen hängt sehr von der guten Aufbereitung der Reiser ab. Im kühlen, luftigen Keller, in einer mit lockerer Erde oder Sand bedeckten Ecke, halten sich dieselben am besten.

## Warnung vor Patentschwindel.

Trotz der Aufklärungsarbeit der amtlichen Stellen zeigt es sich leider immer wieder, daß verlockende Angebote und Vorspiegelung phantastischer Gewinne zur Ausbeutung von angeblichen Erfindungen oder zur Anmeldung vermeintlicher Erfindungen nicht ohne Erfolg bleiben. Diese Beobachtungen lassen es angezeigt erscheinen, auf folgende Warnung des Präsidenten des Reichspatentamtes aufmerksam zu machen: „Die amtliche Veröffentlichung einer Patent- oder einer Gebrauchsmusteranmeldung hat regelmäßig zur Folge, daß betriebliche Personen oder Firmen unaufgefordert dem Anmelder ihre Dienste zur Verwertung der Erfindung oder zum Erwerb ausländischer Patente anbieten. Wer ohne sorgfältige Prüfung der Person und der Sache auf ein derartiges Angebot eingeht, setzt sich der Gefahr aus, in unübersehbare Verbindlichkeiten verstrickt zu werden, und sieht in den seltensten Fällen seine Hoffnung auf Gewinn in Erfüllung gehen. Viele Erfinder sind durch schwindelhafte Vorspiegelungen zu Schaden gekommen und haben hinterher die Urheber ihrer Enttäuschung nicht zur Rechenschaft ziehen können, weil diese es verstanden hatten, ihre Unerfahrenheit oder Leichtgläubigkeit bei dem Geschäftsabluß geschickt auszunutzen. Dem Anmelder wird deshalb dringend die Beobachtung der allergrößten Vorsicht empfohlen, wenn ihm nach der Veröffentlichung dieser Anmeldung Angebote der bezeichneten Art zugehen.“ Diese Warnung wird jeder amtlichen Urkunde über die erfolgte Eintragung eines Patents, Gebrauchsmusters oder Warenzeichens beifügt, damit deren Empfänger auf die ihm drohenden Gefahren aufmerksam wird. Wer noch keine Erfahrungen in der Anmeldung oder Verwertung von Erfindungen hat, wende sich an die unentgeltlich arbeitende „Beratungsstelle für gewerblichen Rechtsschutz“ im Landesgewerbemuseum in Stuttgart.

## Wetter für Mittwoch und Donnerstag.

Aber Spanien liegt Hochdruck, im Norden zeigen sich zwei Depressionsgebiete. Für Mittwoch und Donnerstag ist mehrfach bedecktes, auch zu zeitweiligen Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

Gehlingen, 19. Jan. Letzte Woche fand auf dem Rathaus die alljährliche Sammlung für das Diakonissenhaus in Stuttgart und für das Waisenhaus in Stammheim statt. Gespendet wurden 14 Btr. Dinkel, 3 Btr. Kartoffeln und 20 Mark in bar, sowie ein Paket Post. Den Dank für die Spenden sprach Pfarrer Neulich am Sonntag in der Kirche aus.

CEB. Böblingen, 19. Jan. Heute nachmittag fanden auf dem Böblinger Flugplatz die ersten Rollversuche mit dem von Ingenieur Goldschmidt konstruierten schwanlosen Flugzeug statt. Die Rollversuche mußten vorzeitig abgebrochen werden, da die Maschine nach anfänglichem guten Gelingen der Roll- und Sprungversuche beim Niederfahren durch Seitenwind umgelegt und beschädigt wurde. Verleht wurden auch die beiden Insassen.

CEB. Stuttgart, 19. Jan. Der Reichs- und Landtagsabg. Rektor Kling (Christlicher Volksdienst) hat sein Reichstagsmandat niedergelegt. Sein Nachfolger im Reichstag ist Professor Dr. Straßmann-Erlangen. Rektor Kling sieht seine Hauptaufgabe in der Vertretung seiner Partei im Landtag und in der Führung der Landesgruppe, bleibt aber in der Reichsleitung der Christlichen Volkspartei.

CEB. Stuttgart, 19. Jan. Die Wirtschaftsstelle der Südd. Nahrungsmittelindustrie hielt gestern eine sehr stark besuchte Ausschusssitzung ab, die vor allem sich mit dem Entwurf einer Verordnung über Preisbindungen für Markenwaren beschäftigte. Nach einem Bericht des Geschäftsführers über den Inhalt und die Auswirkungen des von der Regierung dem Reichswirtschaftsrat vorgelegten Verordnungsentwurfs kam der Ausschuss zu dem Ergebnis, daß die Verordnung sich als ein durchaus willkürlicher, großhematischer und daher nur schädlicher Eingriff in die Preisgestaltung gerade auch des Lebensmittelmarktes darstelle.

CEB. Freudenstadt, 19. Jan. Der Schneesturm am Samstag und Sonntag schüttete achtbare Schneemassen über den Schwarzwald aus. Wieder einmal bekamen die vorigen Winter in völligem Ruhezustand befindlichen Bahnschlitten Arbeit. Die Kurverwaltung sorgte für freie Passage auf den Waldpromenaden im Palm- und Teufelswald. Ungezählte Autos blieben in der Stadt und auf den Straßen der Umgebung im Schnee stecken und mußten herausgeschaukelt werden.

CEB. Rottweil, 19. Jan. Angeblich infolge von Familienzwistigkeiten überfiel am Samstagabend der 48 Jahre alte verh. Arbeiter Johann Stief in den Anlagen im Stadttell Au seine Frau, die mit dem Austragen von Wäsche beschäftigt war. Stief war mit einem Beil bewaffnet und schlug von hinten die Frau hart auf den Kopf, daß dieser der Schädel gespalten wurde und der Tod sofort eintrat. Nach der Tat flüchtete Stief, konnte aber nach einigen Stunden festgenommen werden.

CEB. Ebingen, 19. Jan. Anläßlich einer öffentlichen Versammlung der Nationalsozialisten am letzten Samstag kam es zu blutigen Zusammenstößen. Die Nationalsozialisten hatten aus der ganzen Umgebung SA-Leute herbeigezogen, etwa 300 Mann. Vor der Turnhalle, in der die Versammlung stattfand, kam es zu wilden Schlägereien. Etwa 4 Nationalsozialisten wurden verletzt. Als sich nach der Versammlung die Stilerleute in die Lokale zurückzogen, wurden sie von den Kommunisten überfallen und verprügelt. Gartenzäune, Säbne und Blechinstrumente mußten zum Zufußgehen herhalten. Fenster Scheiben wurden an verschiedenen Häusern eingeschlagen.

CEB. Ulm, 19. Jan. Am Sonntagabend hielten die Nationalsozialisten auf dem Münsterplatz eine Reichsgründungsfeier. Dabei sollte der Abg. Dreher sprechen. Auf den Nebenstraßen hatten sich größere Trupps Kommunisten aufgestellt. Während auf der einen Seite das Dankgebet und das Deutschlandlied gesungen wurden, ertönten von der kommunistischen Seite der störende Ruf und die Internationale. Die Nationalsozialisten wandten sich in Trupps gegen die Ruhestörer. Es wurde das Ueberfallkommando alarmiert, so daß die in der Entwicklung begriffene Schlägerei unterbunden werden konnte. Später marschierten die Nationalsozialisten unter starker polizeilicher Bedeckung ab.

CEB. Böblingen, 19. Jan. In der Nacht kam es zwischen vier Burschen von hier im Alter von 20—22 Jahren

und einem jüngeren verheirateten Schäfer von Holzheim und seinem Begleiter zu Differenzen. Als die beiden Holzheimer die Wirtshaus verließen, wurden sie von den vier Burschen überfallen. Der 64 J. a. Begleiter des Schäfers konnte entkommen, dagegen wurde der Schäfer selbst übel zugerichtet und geschlagen, so daß er aus mehreren Wunden blutete. Die Burschen schleppten dann den Mann an die Eger, um ihn abzuwaschen und raubten ihm bei dieser Gelegenheit seine ganze Burschenschaft in Höhe von 60 Mark. Die Täter wurden noch in der gleichen Nacht festgenommen.

CEB. Ravensbürg, 19. Jan. Anstellrinder 200—400, Anstelltiere 180—280, Kalbeln 320—580 Mark. — Rosenfeld: Kühe 200—240, Kalbinnen 400—600, Schlachtfarren 400—500, Jungvieh 180—320 Mark.

## Turnen und Sport

### Fußballsport.

Spielergebnisse aus dem Bezirk.  
Spielvereinigung Gehlingen 1. — F.V. Calw 2. 5:2; Gehlingen Jugend — F.V. Calw 3. 1:0.  
Spielvereinigung Teinach-Zavelstein 1. — F.V. Neubulach 1. 7:2 (3:1); Sp. Vgg. Teinach-Zavelstein-Jugend — F.V. Neubulach 2. 6:1 (3:0).

## Geld-, Volks- und Landwirtschaft

### Berliner Börse.

100 holl. Gulden	169,55
100 franz. Franken	16,51
100 schweiz. Franken	81,55

### Börsenbericht.

CEB. Stuttgart, 19. Jan. Die Börse lag heute anfänglich etwas fester, später gaben aber die Kurse wieder nach.  
R. G. Stuttgarter Landesproduktbörse vom 19. Januar. Ausl. Weizen 25,50—27,25 (34—36); Kleie 9,50—9,75 (9,50 bis 10); alles andere unverändert.

### Berliner Produktbörse vom 19. Januar.

Weizen märk. 257—259; Roggen märk. 154—157; Gerste 199—213; dto. 188—194; Hafer märk. 138—145; Mais prompt Berlin 29 1/2—36 1/2; Roggenmehl 23,70—26,00; Weizenkleie 10 1/2—11; Roggenkleie 9—9 1/2; K. Speiseerbsen 22—24; Futtererbsen 19—21; Peluschten 20—21; Ackerbohnen 17—18; Wicken 18—21; Rapskuchen 9—9 1/2; Leinukuchen 15 1/2—16; Trockenschnitzel 6,10—6,40; Sojafschrot 13,20; Speisekartoffeln, weißel. —1,10—1,30, dto. gelbfl. 1,60—1,80. Allgemeine Tendenz schwankend.

### Welcherstädter Marktbericht.

Schweinemarkt: Zufuhr 86 Stück Färschweine, 920 Stück Milchschweine. Preise: Käufer 75—130, Milchschweine 20—65 Mark je für das Paar. Handel flau.  
Viehmarkt: Döfen 650—710, Stiere 380—570, Kühe 250 bis 610, Kalbeln 480—650, Einstellvieh 130—390 Mark je pro Stück. Handel gedrückt.

### Prüf- und Sortiermaschinen für Eier.

Im Wettbewerb mit der Einfuhr ist schon seit einigen Jahren die deutsche Landwirtschaft dazu übergegangen, ihre Erzeugnisse zu normen, d. h. sogenannte Markenware zu liefern. In letzter Zeit hat namentlich im Eierhandel der Verkauf nach Qualitätsfortierung einen erheblichen Umfang angenommen. Die Normierung verursacht natürlich, soll sie von Hand geschehen, eine ungeheure Arbeit, die dort, wo große Mengen zusammenströmen, d. h. bei den genossenschaftlichen Verwertungsstellen und ähnlichen Organisationen, gar nicht geleistet werden kann. Hier hat nun die Technik eingegriffen und eine Maschine geschaffen, die alle notwendigen Arbeiten automatisch leistet. Die Eier werden durchleuchtet, um sie auf ihren Frischezustand zu prüfen, dann in fünf Gruppen sortiert und schließlich mit einem Stempel versehen. Der Apparat fertigt in der Minute 125 Eier ab und braucht zum Antrieb einen Elektromotor von nur 240 Watt Stromverbrauch. In einer Stunde stellt sich der Stromverbrauch demnach auf etwa 1/4 Kilowattstunde. Da in der Stunde sechzigmal 125 Eier, also 7500 Stück, abgefertigt werden, kommen die Stromkosten bei einem Strompreis von 30 Pfennig für die Kilowattstunde auf 1 Pfennig je 1000 Stück. Rechnet man dazu die gewaltige Einsparung an Arbeitslohn, so kann man sich von den Vorteilen der Maschine ein Bild machen.

## Realprogymnasium und Realschule Calw

### Anmeldung und Aufnahme von Grundschulern

I. Schüler der 4. Grundschulklasse, die mit Beginn des Schuljahres 1931/1932 in Kl. I eintreten wollen, sind durch die Erziehungsbehörde bis 7. Febr., schriftlich oder mündlich, beim Rektorat anzumelden. Dabei ist anzugeben, wann der Schüler geboren ist und ob er Französisch oder Latein lernen soll. Dem Klassenlehrer der Grundschule ist gleichzeitig Mitteilung zu machen.  
II. Plan der Prüfung: **Donnerstag, 19. Februar** 9 Uhr 30 schriftl. Prüfung in Diktat, Aufsatz u. Rechnen (nur Federhalter und Fließblatt mitbringen); **nachmittags 1 Uhr, Prüfung der auswärtigen Schüler** (Volksschullehrer mitbringen). Freitag, 20. Febr. nachmittags mündliche Prüfung der Calwer Schüler.  
III. Schüler der 3. Grundschulklasse können unter gewissen Bedingungen (vgl. Amtsblatt 1929, S. 191) auf Antrag der Erziehungsbehörde in Kl. I zur Probe aufgenommen werden. Die schriftlichen Anträge sind b. 15. Febr. beim Klassenlehrer der Grundschule einzureichen, der sie an das Rektorat der hiesigen Schule weitergibt.  
IV. Beginn des Unterrichts im neuen Schuljahr **Donnerstag, 23. April** morgens 8 Uhr.  
Calw, den 15. Januar 1931. Rektorat.

### Lungenverschleimung

hartnäckigen Husten, Luftröhrenkatarrh, Keuchhusten Bronchialkatarrh, Asthma etc. behebt und lindert selbst in veralteten Fällen der schleimlösende **Deilheim's Brust- und Lungentee.**  
Preis Mk. 1.25. Zu haben in den Apotheken.  
Hauptniederlagen Alte Apotheke Calw, Apotheke C. Mohl Bad Liebenzell.

### Neuweiler—Agenbach

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am **Donnerstag, den 22. Januar 1931, im Gasthaus zum „Lamm“** in Agenbach stattfindenden **Hochzeitsfeier** freundlichst einzuladen.  
Jakob Harr, Neuweiler  
Marie Gall, Agenbach  
Kirchgang 11 Uhr in Neuweiler  
Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung entgegenzunehmen zu wollen.

### Hausfrauen billiges Obst

Sehr gute **Äpfel** 10 Pfd. nur 1,60 M.  
**feine Tafeläpfel** 10 Pfd. nur 2,30 M.  
**Süße Orangen** billig 3 Pfd. nur 58 c.  
**Frische Eier** zum Kochen 10 Stück nur 1,15 M.  
sind am **Mittwoch** auf dem **Wochenmarkt** von 8 Uhr an zu haben.  
Billig zu verkaufen **4 gebrauchte Sofa** und **1 Chaiselongue** gebraucht, **1 dreiteil. Wollmatratze**, **1 neuer Sofa** extra billig weg. **kleinem Stoff-Fehler.**  
Fr. Hennefarth, Postkornmöbellager.

Zum Eintritt am 1. Februar wird ein **Schreibfräulein** gesucht das eine gute Schulbildung aufweist und das Maschinenschriften sowie die Einheitskurzschrift beherrscht. Schriftliche Bewerbungen erbeten; persönliche Vorstellung ist zunächst zwecklos.  
Stuttgart, den 19. Januar 1931.

### Finanzamt.

### Keilich

Bahnhofstraße, Tel. 182

<b>Goldgelbe Bananen</b>	Pfd. nur 40 Pfg. (Nettopreis)
<b>Orangen</b>	nur solange Vorrat Pfd. 20 Pfg.
<b>süße Orangen</b>	Pfd. 25 Pfg.
<b>süße Mandarinen</b>	3 Pfd. 1.—
<b>frisch geröstete Erdnüsse</b>	1/4 Pfd. 15 Pfg.
<b>beste Walnüsse</b>	ca. 95% gesund Pfd. 65 Pfg.
	5% Rabatt

### Fischtran

für Schweine empfiehlt **R. Hauber**

### Ungefiricht

werden **Strümpfe** aller Art **Geschw. Stang er, Altbürgerstr. 11.**

### 2-3-Zimmer-Wohnung

zu mieten gesucht. Angebote unter M. 3. 20 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Suche bis 1. Februar für tüchtiges **Mädchen** 24 Jahre alt **Stellung** in Calw oder Umgeb. Gute Zeugnisse vorhanden. Gest. Angeb. unter W. F. Nr. 15 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Zwei Fuhrer erskht. **Heu** meist ewigen Alee verkauft, taucht auch etwas Schnittware ein.  
**L. Lang, Stammheim**  
**Allgäuer Stangenkäse** 20% z. 40 Pfg.  
**Allgäuer Romadour** 20% z. 43 Pfg.  
**Schweizerkäse** 45—48% z. 1.10 Mk. verendet per Post und Bahn in Kisten von 30 Pfd. ab blüger.  
**Molker i Merrieden, Post Dientheim.**

**+**

Heute verschied in Freiburg i. Br. unerwartet unser herzenguter Sohn und Bruder, mein lieber Bräutigam

**Paul Sauter**

Kaufmann

im Alter von 30 1/2 Jahren

In tiefem Schmerz:

Paul Sauter, Stationskommandant a. D.,  
und Frau Anna geb. Haug;

Maria Sauter;  
Hermann Sauter;

Dito Sauter;  
Friedel Merz, Cannstatt.

Calw, den 18. Januar 1931.

Die Beerdigung findet in Calw am Mittwoch, den 21. Januar, nachmittags 3 Uhr von der Friedhofskapelle aus statt.

**Missionsverein**

diesmal **Mittwoch** (statt Dienstag).

**Evang. Volksbund**

**Frauen-  
Besprechungsabend**

Morgen **Mittwoch** abend  
8 Uhr im **Bezeinshaus**.  
Ein Stündlein in Luthers  
Unterricht. Jedermann herzlich  
willkommen.

**Schuhfett  
Wagenfett  
Lederöl**

empfiehlt

**R. Hauber**

**Haararbeiten**

jeder Art fertig

Friseur Odermatt.

**Großer Inventur-Ausverkauf**

**zu weit herabgesetzten Preisen**

Ich bringe größere Posten Waren, teilweise bis zu **50%** ermäßigt, zum Verkauf; außerdem gewähre ich auf beinahe alle Waren,

die dem Ausverkauf nicht unterworfen sind, einen **Rabatt von 10%** Durch eine zwanglose Besichtigung meines Lagers wird jedermann von meinem durchgeführten **starken Preisabbau** überzeugt werden.

Einige Beispiele:

ca. 80 cm breit ungebleicht Baumwolltuch	25	das Meter
ca. 80 cm breit ungebleicht Baumwolltuch	40, 45	das Meter
ca. 80 cm breit ungebleicht Baumwolltuch sehr gute Qualität	50, 60	das Meter
ca. 80 cm breit ungebleicht Baumwolltuch ganz schwere Qualität	65	das Meter
ca. 160 cm breit ungebleicht Baumwolltuch für Leintücher	110, 130	das Meter
ca. 80 cm weiß Baumwolltuch für Leib- und Bettwäsche	40, 42, 45	das Meter
ca. 80 cm weiß Baumwolltuch gute Qualität	50, 58	das Meter
ca. 80 cm weiß Baumwolltuch ganz schwere Qualität	60, 63, 80	das Meter
ca. 80 cm weiß Maccotuch für feine Wäsche	75	das Meter
ca. 80 cm weiß Baumwollflanell für warme Wäsche	68, 65, 100	das Meter

80 cm breit Haustuch für Bettbezüge	65, 80	das Meter
80 cm breit Halbleinen für Bettbezüge	90, 100, 110	das Meter
140 cm breit Haustuch für Leintücher	120	das Meter
150 cm breit Haustuch für Leintücher, gute Ware	150	das Meter
160 cm breit Baumwolltuch für Oberleintücher, gute Ware	150, 160	das Meter
140 cm breit Halbleinen für Leintücher, gute Ware	170, 200	das Meter
150-160 cm breit Halbleinen für Leintücher	245, 280, 290, 340, 355	das Meter

Warme Betttücher	gute Waren	220, 300, 340, 350, 400	das Stück
80 cm breit Damast		100, 110, 150	das Meter
100 cm breit Damast		130, 140, 160	das Meter
130 cm breit Damast gestreift		100, 110, 120, 140	das Meter
130 cm breit Damast schwere Ware		150, 160	das Meter
130 cm breit Damast gebäumt	130, 150, 160, 170, 230		das Meter
130 cm breit Maccodamast	195, 230, 270, 300		das Meter

80 cm breit Zig	70, 78, 90	das Meter
130 cm breit Zig	120, 135, 140	das Meter
80 cm breit Bettzeug	90, 110, 130	das Meter
124 cm breit Bettzeug	140, 150, 180	das Meter
80 cm breit Molton	125, 180	das Meter
80 cm breit Pique für Nachtsack	100, 108	das Meter
80 cm breit Blautuch für Schürzen	68	das Meter
116 cm breit Schürzenstoff solide Ware	90	das Meter
3 Stück Handtücher	95	das Stück
3 Stück Handtücher	150	das Stück
1 Stück Handtuch Gerstenkorn	58	das Stück
1 Stück Halbleinen	80, 85	das Stück
1 Stück weiß Halbleinen	100	das Stück
6 Stück Wischtücher	95	das Stück
1 Stück Wischtuch	38	das Stück
1 Stück Wischtuch halbleinen	57, 65	das Stück
1 Stück Tischtuch 115/130	170	das Stück
1 Stück Mundtuch 60/60	48	das Stück
70 cm Blaudruck für Kleider	75	das Meter
70 cm Kleiderflanelle	90, 100, 110	das Meter
70 cm schwarzer Jackenstoff	110	das Meter
90 cm Hauskleiderstoffe	200	das Meter
90 cm reinwollenen Koro	200	das Meter
90 cm reinwollenen Tweed	250, 280	das Meter
90 cm baumwollener Tweed	100, 135	das Meter
70 bis 80 cm Waschleide	80, 90, 100, 120, 150, 200	das Meter
70 cm Waschsamt	190, 225	das Meter
100 cm Veloutine Wolle mit reiner Seide	400, 450, 500	das Meter

Viele Reste zu Kleidern und Blusen, besonders seidene Reste extra billig

80 cm breit dicht Vorhangleinen 120  
130 cm breit dicht Vorhangleinen 220  
130 cm breit Madras für Vorhänge 250, 300  
130 cm breit Rips für Vorhänge 250, 300  
130 cm kunstseidene Dekorationsstoffe 300, 350, 400, 450

**Paul Räuchle am Markt Calw**

Mein  
**Inventur-Ausverkauf**  
beginnt **Mittwoch**, den 21. Januar,  
und bietet Ihnen besonders vorteilhafte Kaufgelegenheit bei  
**20 Prozent Rabatt** auf beinahe sämtliche Artikel  
**Karl Stüber, Biergasse.**

**Größere Anzeigen wolle man tags zuvor aufgeben!**



**Noch diese Woche,  
dann ist Schluß mit unserem  
Inventur-Ausverkauf.**  
Jetzt gilt's die noch und nochmaligen Preis-  
herabsetzungen auszunutzen.

<b>Übergangs-Mäntel</b> Impräniert, Georgettemäntel mit Pelz . Jetzt 35.-, 25.-	<b>18.-</b>	<b>Pelzbesetzte Mäntel</b> Velour, Marengo, Ottoman, auch in schwarz . . . . . Jetzt 45.-, 30.-	<b>23.-</b>
<b>Frühjahrs-Kostüme</b> reine Wolle, marine und schwarz, Sportkostüme . . . . . Jetzt 35.-, 25.-	<b>20.-</b>	<b>Nachmittags-Kleider</b> Wollgeorgette und Seide, darunter Modelle . . . . . Jetzt 45.-, 30.-	<b>19.-</b>
<b>Tweed-Kleider</b> Charmeuse Kunstseide, neue Formen . Jetzt 25.-, 18.-	<b>10.-</b>	<b>Schwarze Mäntel und Kleider</b> für die Konfirmation . . . . . Jetzt mit <b>10%</b>	

**C. BERNER**  
Das große Spezialhaus für Damenbekleidung  
**ECKE METZGER- UND BLUMEN-STRASSE.**  
**PFORZHEIM**

**Haus-Standuhren**



kauft man am besten da, wo sie hergestellt werden. Schwenningen, die größte Uhrenstadt der Welt, bietet Ihnen Gelegenheit, direkt vom Herstellungsort zu kaufen. Wir gewähren Ihnen: mehrjährige schriftl. Garantie. Lieferung: Franko Haus. Jede Uhr wird durch unsern Fachmann kostenlos nachgeprüft. Angenehme Teilzahlung. Überzeugen Sie sich bitte selbst und verlangen Sie heute noch per Postkarte die kostenlose Zusendung unseres Katalogs.

Standuhren G.m.b.H., Schwenningen a.N.  
Alleenstraße 17 (Schwarzwald)

**Nähmaschinen**  
Motor- u. Fahrräder  
Radio  
Grammophone  
Schallplatten  
Reparaturen  
**Chr. Roller**  
**Althengstett.**

Gutes  
**Sauerkraut**  
pro Pfd. 10 Pfg.  
empfiehlt  
**Georg Mayer Wtr**